

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 27

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

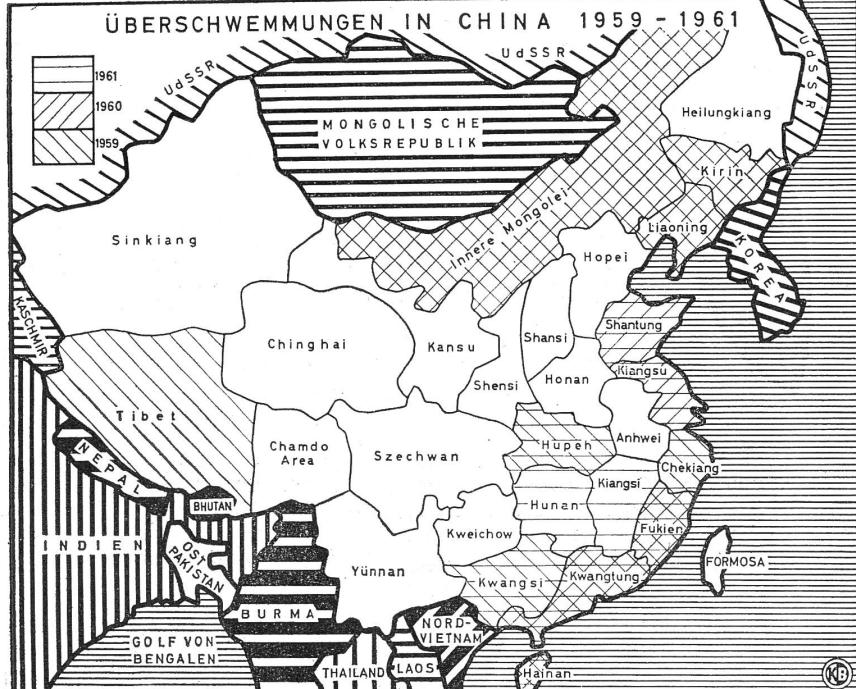
erkennen. Wie jede Diktatur mag diese Militärregierung in ihrem Vorgehen den Bogen in gewissen Belangen sicher überspannen. Dennoch gewinnt man den Eindruck, dass sie ehrlich bemüht ist, das Staatschiff wieder flottzumachen und Südkorea vor dem Zugriff des Kommunismus zu retten. Freilich sind die USA der neuen Regierung gegenüber noch zurückhaltend geblieben und haben ihr die Anerkennung versagt.

Autorität und Demokratie

Es erhebt sich deshalb hier die Frage, ob eine Demokratie, wie sie sich bei uns im Westen entwickelt hat, für dieses Land, nämlich für Südkorea, als Allheilmittel

angesehen werden kann. Es hiesse am Problem der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes vorbeigehen, wenn man glaubt, mit sicherlich bewährten Rezepten und Einnahme der Medizin Demokratie seien auch derartige Spezialprobleme schon gelöst. Die künftige Entwicklung wird zeigen, dass das koreanische Volk seinen eigenen politischen Weg und die ihm speziell angemessene Regierungsform wird finden müssen und werden. Ansätze dafür sind vorhanden und es liegt in der Hand und in der Macht des Westens, dass dieses Volk nicht auch wie viele andere Länder vom Kommunismus verschluckt wird.

Die Karte zeigt die von Überschwemmungen geschädigten Gebiete seit 1959.



Versorgung

China

Die Naturkatastrophen

Die nach wie vor schlechte Versorgungslage Chinas gründet sich zum Teil auf die Naturkatastrophen, die in den letzten Jahren das riesige Land heimsuchten, zum andern Teil auf das Versagen der landwirtschaftlichen Kommunen.

Unsere Karte zeigt die von Überschwemmungen geschädigten Gebiete seit 1959. Am schwersten betroffen wurden diejenigen im Osten, wo die Bevölkerungsdichte am grössten ist und auch die bedeutendsten Saatkulturen liegen.

Ein ähnliches Bild mit Schwergewicht in den Ostprovinzen würde auch eine geographische Darstellung der wichtigsten Dürren vermitteln. Dann gab es noch weitere Arten von Naturschäden, namentlich Frost, Hagel und ausserordentliche Insektenplagen. Letztere erhielt übrigens eine ungewollte Förderung durch die vor Jahresfrist von der Regierung angeordnete Kampagne zum Abschuss von Spatzen. Man hatte die Vögel als Getreidefresser dezimieren wollen, ihre Rolle als Insektenvertilger aber zuwenig berücksichtigt. Die gegenwärtige Entwicklung lässt noch keine baldige Besserung der Ernährungssituation erwarten. Nach Lebensmittel-

käufen in Australien und Kanada hat sich Peking noch einem dritten kapitalistischen Land zur Ueberwindung seiner Versorgungskrise zugewandt: Westdeutsche Firmen werden China in den kommenden sechs Monaten 180 000 t Mehl liefern.

Zu Beginn dieses Sommers meldete Peking wieder neue Überschwemmungen und Dürren im Südosten und Osten des Landes (darunter auch in Provinzen wie Hopei und Shensi, die in unserer Karte als frei von aussergewöhnlichen Überflutungen scheinen).

Dass aber die landwirtschaftlichen Rückschläge auch systembedingt waren, bleibt trotzdem nicht zu vergessen. Eine Rückbildung der Volkskommunen zu freier Bewirtschaftung ist eine Konzession des Regimes an die Notsituation («Revisionismus aus Hunger»). Zu einer Illusion in bezug auf vermeintliches Nachlassen der Parteikontrolle besteht allerdings kein Grund. Im Gegenteil zeigt sich, dass die KP sich grösste Mühe gibt, den gesamten Produktionsvorgang noch stärker in die Hand zu bekommen (siehe KB Nrn. 23 und 25). Insbesondere geht die neueste Erziehungs-kampagne darum, die untersten Parteikader und mittelbar die breiten Massen der Landbevölkerung mit der kommunistischen Ideologie in ihrer Anwendung auf die Agrarkonzeption vertrauter zu machen.

Soziales

Bulgarien

Klassenfeinde dringend benötigt

In Bulgarien findet zurzeit eine Treibjagd auf potentielle Klassenfeinde statt, um der Landwirtschaft die dringend benötigten Arbeitskräfte zuzuführen. Die Grossaktion gegen «Arbeitsscheue, Spekulanten und Zuhälter» begann im Mai in Sofia, Warna, Plovdiv und Ruse. Sie gilt aber auch, wie Polizeibeamte erklärten, «den Angehörigen des Bürgertums, die in den Kolchosen hängen bleiben und dort zugrunde gehen werden.» Denn in die LPGs und Staatsgüter werden die Erfassten deportiert und dort zur Arbeit angesetzt.

Nach den Säuberungen und Disziplinarmassnahmen auf allen Stufen (siehe KB Nr. 16) ist dies Schiwkoffs zweites Grossunternehmen, um der Agrarkrise Herr zu werden. Der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande ist eine mit der Kollektivierung parallele Erscheinung. Der Parteisekretär hatte bereits auf dem ZK-Plenum vom 12. April eindeutig erkennen lassen, dass er nicht vor Zwangsmassnahmen zurückschrecken werde, um die allgemeine Landflucht-Tendenz aufzuhalten.

Eine seiner Methoden besteht nun im Ausfindigmachen und Rekrutieren von Klassenfeinden.

Die «gesetzliche Handhabe» zur gegenwärtigen Aktion liefert ihm ein 1959 aufgenommener Zusatzparagraph zum Gesetz über das öffentliche Milizwesen, das die Miliz ermächtigt, im Einverständnis mit dem Innenministerium (dem in kommuni-

50 Millionen Pioniere

50 Millionen chinesische Kinder zwischen 9 und 15 Jahren sind nun Mitglieder der Jungpioniere, einer die ganze Nation umfassenden Partei-Organisation, welche die kommunistische Erziehung unter den Kindern durchführt. Die Zweigstellen der Bewegung erfassen praktisch jede Klasse der Grund- und Juniomittelschulen Chinas. Jede Schule hat eine «Pionier-Wandzeitung», welche regelmäßig Jungpioniere, die gut studieren, den anderen helfen, das öffentliche Eigentum schützen oder verlorenes Eigentum den Eigentümern zurückgeben, namentlich nennt. Verdienstvolle Taten, welche von Jungpionieren vollbracht werden, werden auch auf Versammlungen oder festlichen Zusammenkünften besonders hervorgehoben. Zu Führern der Jungpioniere werden hervorragende Mitglieder der Kommunistischen Jugendliga und junge Mitglieder der KP Chinas ausgewählt; sie helfen den Jüngern Schwierigkeiten beim Studium zu überwinden und ihre moralischen Qualitäten zu entwickeln.

Innerhalb von vier Tagen kam es in der Mongolei zu folgender drastischen Planverkürzung: Am 5. Juni erklärte Radio Ulan Bator, mit sowjetischer Hilfe werde das Kohlenbergwerk eines neuen technischen Kombinats im Gebiet Darhan während der kommenden Fünfjahresperiode elf Millionen Tonnen produzieren. Am 9. Juni vermerkte dann der gleiche Sender, die Kohlenerzeugung dieses Gebietes werde sich in der gleichen Zeitspanne auf nicht ganz eine Million Tonnen belaufen.

nistischen Staaten die politische Polizei unterstellt ist) und dem Generalstaatsanwalt Zwangsumsiedlungen (auf beschränkte oder unbeschränkte Zeit) von «Hooligans, Bettlern, Arbeitsscheuen» usw. durchzuführen.

Neben der Beschaffung von Landarbeitskräften ist wohl auch die Bekämpfung eines offenbar recht starken Halbstarktums mitgemeint. In Pleven, so meldete kürzlich die Presse, hätten Mittelschüler die ganze Stadt terrorisiert. Berichte über weniger spektakuläre, aber um so häufigere Uebergriffe der Hooligans sind regelmässig anzutreffen, wenn auch das Regime jetzt ein doppeltes Interesse hat, solche Tätigkeit festzustellen. Klassenfeinde sind zur Rettung der Landwirtschaft sehr gesucht.

Daneben gehen selbstverständlich die Aktionen zur «freiwilligen Aufbauarbeit» (allerdings auch in der Industrie) weiter. 3000 Studenten der Sofioter Hochschulen haben sich für freiwillige Arbeit auf dem Lande während der Sommerferien verpflichtet. Andere bulgarische Studentengruppen arbeiten in metallurgischen Werken (um auch den dortigen Arbeitern ihren Ferienbeitrag auf dem Lande zu ermöglichen?).

Das ganze Volk macht mit. Aus einem diesbezüglichen Aufruf der «Otetschestven Front» vom 24. Juni:

«... Viele landwirtschaftliche Aufgaben können durch die intensive Hilfe der Werk-tätigen gelöst werden. Die Vaterländischen Organisationen können die schwere Arbeit der Kollektivbauern dadurch erleichtern, dass sie in den Städten Arbeitsbrigaden organisieren und auf die Felder schicken. Diese Brigaden sollen den Kollektivbauern nicht nur bei der Einbringung der Ernte helfen, sondern sie sollen die Kollektivbauern auch durch entsprechende politische Aufklärung und Information zur aktiven Arbeit während der Ernte anhalten... Diese wichtige erzieherische Tätigkeit, von der die erfolgreiche Erfüllung aller bevorstehenden landwirtschaftlichen Aufgaben abhängt, muss unter der Kontrolle der Vaterländischen Organisation stehen...»

Die bulgarischen Arbeiter geben keine Ruhe, so dürsten sie nach unbezahlter Mehrarbeit. Nebst vielen andern Beispielen berichtet die KP-Gewerkschaftszeitung «Trud» von Sofia über folgende Verlangen: «Die Arbeiter der Brigade „At. Walscheff“ haben vorgeschlagen, ihre Arbeitsnormen um 30 Prozent zu erhöhen... Eine andere Brigade, die Kräne erzeugt, beantragte Normenerhöhung um 10 Prozent... Das sind freiwillige Beschlüsse, die aus dem Innern des sozialistischen Menschen kommen... Diesem Beispiel sollen die andern Arbeiter auch folgen.» Aha, die müssen auch das Innere des sozialistischen Menschen hervorkehren, und zwar schleunigst.

Wirtschaft

Polen

Schlechte Lage gut

Die wirtschaftliche Lage Polens ist sehr befriedigend, wenn man davon absieht, dass sie fast durchwegs zu Beanstandungen Anlass gibt. Diesen Eindruck erweckte das Referat, das der Leiter der Staatlichen

Planungskommission, S. Jedrychowski, kürzlich vor dem Parlamentsausschuss für Planwirtschaft, Budget und Finanzen hielt. Einleitend entwarf er ein sehr optimistisches Bild, das er im zweiten, konkreten Teil seiner Rede mit seinen Kritiken völlig widerrief.

So erklärte Jedrychowski zunächst, dass die Planerfüllung der Industrie, des Bauwesens und der Investitionsbauten zufriedenstellend gewesen seien und «die materiellen Vorräte des Landes zugenommen hätten». Auch die Erfolge der Landwirtschaft sowie des Aussenhandels könnten als günstig bezeichnet werden.

Im zweiten Teil seines Referates stellte der Planungschef demgegenüber folgendes fest: Die Handels- und Zahlungsbilanz des Landes habe sich nicht gebessert, sondern infolge der ungenügenden Erfüllung der Exportverpflichtungen, noch weiter verschlechtert. Die Vorräte an Getreide und Futtermittel sind ungenügend, weshalb bedeutende Mengen importiert werden müssen. (Vor dem Zweiten Weltkrieg war Polen Exporteur dieser Produkte.) Das Verhältnis zwischen der Arbeitsproduktivität und dem Durchschnittslohn gestaltete sich ungünstig. Die Investitionen hätten sich zwar erweitert, aber eine entsprechende

Der dogmatische Partner der UDSSR: China

Chinesische Volksrepublik (Tsung-Hua Jen-Min Kung-Ho Kuo).

Staats- und Regierungsform: Kommunistische Volksrepublik. Parlament aus einer Kammer, dem «Nationalen Volkskongress (1290 Abgeordnete, die den Staatspräsidenten wählen). Der Staatspräsident ernennt den Präsidenten des Staatsrates (Regierung) und führt den Vorsitz im Nationalen Verteidigungsrat.

Gliederung Chinas in 23 Provinzen, fünf autonomen Gebieten und mehreren regierungsunmittelbaren Städten.

Staatsoberhaupt: Liu Schao-tschi, zugleich Vorsitzender des vom Parlament gewählten «Ständigen Komitees» («Oberste Staatskonferenz»).

Regierungschef: Tschu En-lai. Aussenminister: Chen Yi (in dieser Eigenschaft bis vor kurzem an der Laoskonferenz in Genf).

Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei: Mao Tse-tung. («Machtreihenfolge»: Mao Tse-tung, Tschu En-lai, Liu Schao-tschi.)

Fläche: 9 743 000 Quadratkilometer.

Einwohner: Rund 700 Millionen. Grosse Geburtenzunahme (siehe Seite 1).

Städte: Peking (Hauptstadt) 4 200 000 Einwohner, Schanghai (7 100 000), Tientsin (3 300 000), Wuhan, Tschungking, Kanton, Nanking, Pinkiang, Tsingtao, Harbin (alles Millionenstädte).

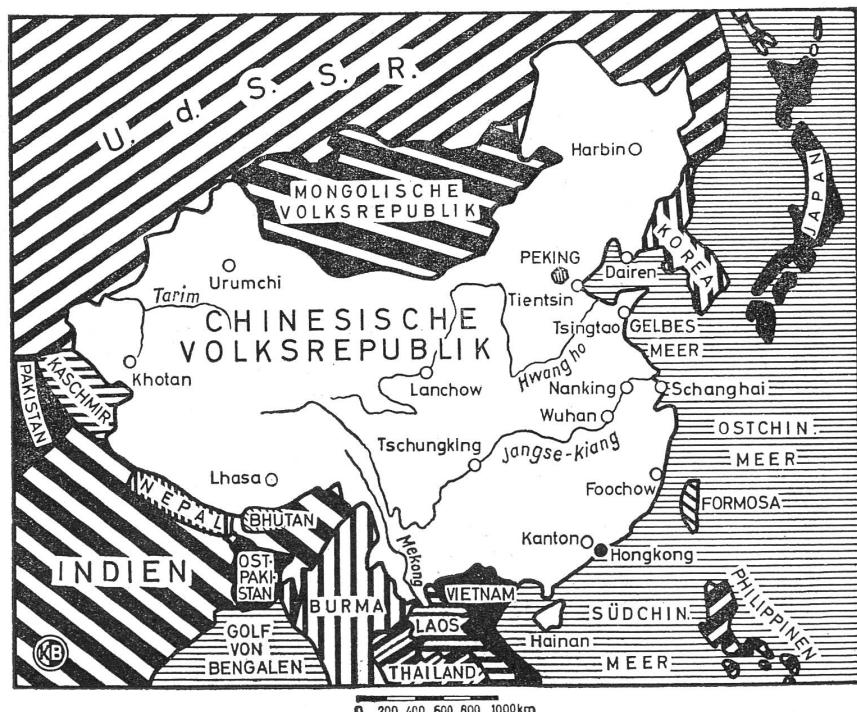
Wirtschaft: Quantitativ am wichtigsten Landwirtschaftsprodukte, Schwerindustrie wird forcierter ausgebaut, vor allem mit sowjetischer Hilfe.

Export: Grossteil Agrarprodukte (Tee, Sojabohnen, Tierprodukte, Textilien). Aussenhandel vorwiegend mit den kommunistischen Staaten.

Bevölkerung: Neben Chinesen (95 Prozent) Mongolen, Tibeter, Turkvölker und andere Minoritäten.

Religion: Konfuzianismus und Buddhismus noch durchaus verbreitet und vom Regime in der Art von Brauchtum geduldet. Christliche Konfessionen wurden verfolgt oder zu «patriotischen Bewegungen» umgeschaltet.

China, in der Uno (noch?) nicht vertreten, gehört im kommunistischen Block weder dem Comecon, noch dem Warschauer Pakt an. Die jetzigen ideologischen Differenzen mit Moskau lassen eine baldige Mitgliedschaft unwahrscheinlich erscheinen.



Vorbereitung sei meist unterlassen worden. Im Jahre 1960 war die Produktionserhöhung vollständig der Produktivitätssteigerung zu verdanken, wogegen im laufenden Jahr dieser Anteil auf 65 Prozent zurückgefallen ist. Als Grund dieser Erscheinung können Rohmaterialmangel und die Lockerung der Arbeitsdisziplin angegeben werden. In der Sparte der elektrischen Energie steht der Produktionserweiterung von 14,5 Prozent ein Kapazitätsmangel von 154 MW gegenüber.

Die wirtschaftlichen Probleme Polens sind nicht zuletzt auf die landwirtschaftlichen Rückschläge (Misserfolg der Kollektivierungsaktion, die vorläufig wieder gebremst wird) zurückzuführen, der seine Auswirkungen im Außenhandel hat, da traditionelle Exportgüter eingeführt werden müssen (wozu noch die Konkurrenz des sowjetischen Comecon-Partners kommt). Auf industriellem Gebiet und insbesondere im Schiffsbau, wo das Land seine internationale Position recht stark ausbaut, sind Produktionserfolge nicht zu übersehen.

Curriculum der Woche

VRATISLAV KRUTINA

Im Zuge der tschechoslowakischen Regierungsumbildung (siehe KB Nr. 26) als Nachfolger Strougals (der anstelle des abgesetzten Barak Innenminister wurde) zum neuen Landwirtschaftsminister ernannt.

Geboren 1913 als Sohn eines Eisenbahnarbeiters, der dann zu Beginn des Ersten Weltkrieges fiel. Wird nach absolviertem Primarschule Zimmermann.

1931 Beitritt zur tschechoslowakischen kommunistischen Partei und Aktivität in der kommunistischen Jugendunion. Während des Zweiten Weltkriegs Mitglied der Widerstandsbewegung, daraufhin politischer Gefangener bis Kriegsende. Von 1946 bis 1948 politischer Aufstieg in der Parteihierarchie mit Sekretärsposten in lokalen und regionalen KP-Komitees. Im Mai 1951 zum Ersten Sekretär des neuerrichteten Stadtkomitees der Partei in Prag ernannt. Von 1949 bis 1951 Generalsekretär der Jugendunion (CSM).

1953 wurde Krutina Sekretär für Landwirtschaftsfragen im Partei-Zentralkomitee der CSSR. Mitglied der Nationalversammlung seit 1954, dabei Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses vom Dezember 1954 bis Dezember 1955. Steht vom Oktober dieses Jahres bis zum Juni 1956 bereits dem Landwirtschaftsministerium vor, galt aber damals in Hinsicht auf die Produktion, nicht als sonderlich erfolgreich. Wird 1957 ins Präsidium des KP-Zentralkomitees berufen, wo er vor allem als Agrarexperte wirkt.

Krutina besuchte mit offiziellen Delegationen auch die «dogmatischen» Staaten China und Albanien. 1959 studierte er an der Spitze einer ZK-Vertretung die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Bulgarien.

Mit seiner Ernennung zum Landwirtschaftsminister verliert Krutina seine Stellung als Sekretär im Zentralkomitee, wird aber Mitglied des Sekretariates.

Geschichtsbildung

Sowjetunion

Generalissimus Nikita?

Wird sich Chruschtschew bis zum Parteitag vom kommenden Oktober als Armeeführer mit offiziellen Titeln beglaubigen lassen?

Seit seinem uniformierten Erscheinen zum Jahrestag des deutschen Ueberfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni mehren sich in der sowjetischen Presse die Berichte über seine Heldentaten während des Krieges. Chruschtschew schafft den Persönlichkeitskult um Stalin ab und baut seinen eigenen auf. Die Tendenz besteht schon seit einiger Zeit. Neu aber und unter anderem wohl auch von aussenpolitischer Bedeutung ist sein Bestreben, auch die militärische Führerschaft des Generalissimus zu beanspruchen.

Noch vor nicht langer Zeit hatte der sowjetische Parteisekretär die von Feldmarschall Montgomery bei einem Besuch gebrauchte Anrede «General» (Chruschtschew bekleidete im Krieg den Rang eines Generalmajors) mit Entschiedenheit abgelehnt: «Ein General sind Sie, aber doch nicht ich.» Heute erinnert er selbst so stark wie möglich an seine Uniform.

Von den jetzt häufig publizierten Illustrationen über Chruschtschews Fronttätigkeit zur Zeit des Krieges hat die hier wieder gegebene einige Diskussion erregt. Sie erschien in der «Iswestija» vom 22. Juni mit folgendem Text: «Im Jahr 1943, Kurskaja duga (Gelände bei Kursk, einer Gebiets hauptstadt der RSFSR). N. S. Chruschtschew und Armeegeneral N. F. Watutin verfolgten die Kampfhandlungen.» Chruschtschew ist als zweiter von rechts in der Uniform eines Generalmajors zu erkennen.

Nun gab es in diesem Frontabschnitt laut der Grossen Sowjetencyklopädie zwei grosse Kampfphasen in diesem Abschnitt: eine Verteidigungsschlacht zwischen dem 5. und 11. Juli 1943 und den sowjetischen Gegenangriff zwischen dem 12. Juli und dem 23. August. In der Beschreibung der Kampfhandlungen werden nicht nur sämtliche Kommandanten bei Kurskaja duga sondern auch die Befehlshaber der Neben-

abschnitte und sogar der rückwärtigen Stellungen namentlich aufgeführt. Chruschtschew ist mit keinem Wort erwähnt.

Die russische Emigrantzeitung «Posjew» vermerkt bei diesem Bild einen Widerspruch zwischen den «winterlichen» Uniformen und dem Zeitpunkt der Kämpfe im Hochsommer. Nun ist allerdings die Bekleidung der Offiziere weniger winterlich als sie auf den ersten Blick anmutet (so fehlt der klassische Ohrenschutz) und könnte in den kühleren Morgen- und Abendstunden auch im Sommer getragen werden. Doch weist das Bild (auch landschaftlich, soweit sich das beurteilen lässt) zweifellos eine eher herbstliche Stimmung auf.

Der von «Posjew» als erbracht erachtete Beweis einer Photomontage ist übrigens nicht nötig, um einer inhaltlichen Irreführung gewahr zu werden. Schon Watutins gemütlichen Ausblick ausserhalb der Deckung lässt erkennen, dass an jenem von der «Iswestija» nicht genannten Tag die «Kampfhandlungen» zum mindesten nicht akut waren. Wenn Chruschtschew also den Frontabschnitt besuchte, war der jedenfalls gerade sehr ruhig.

Schliesslich sei noch vermerkt, dass ein photographiertes Gemälde im Stil des «sozialistischen Realismus» sich in einer Zeitung kaum viel anders präsentieren dürfte als dieses Bild. Eine konkrete Schlussfolgerung daraus ist freilich nicht zwingend. Sie ist aber auch nicht notwendig, da mit dieser «Aufnahme von den Kampfhandlungen» so oder so ein irreführender Eindruck vermittelt werden soll.

Der wahre Führer

Wie es um den von Chruschtschew abgeschafften Personenkult in der Sowjetunion steht, zeigt ein Artikel, den der Kinoregisseur A. Madenow unter dem Titel: «Unser Nikita Sergejewitsch» über eine verfilmte Chruschtschew-Biographie in der «Bakinskij Rabotschij» von Baku veröffentlichte. Darin steht unter anderem: «Chruschtschew versteht es, die Herzen der Menschen zu entflammen und sie zu grossen Taten zu führen. Er ist der wahre Führer des neuen Menschentyps, er lebt für die Interessen des Volkes und lernt vom Volk.



Seine glänzende Organisationsgabe für komplizierte wirtschaftliche Aufgaben zeigte er schon als Erster Sekretär der Ukrainischen KP... Während des Vaterländischen Krieges steht er an der Front, ist Mitglied des Kriegsrates der Front, nimmt an der Vernichtung des Faschismus unmittelbaren Anteil. Es ist der heilige Krieg. Chruschtschew ist in Stalingrad. Im Kriege fällt sein Sohn Leonid als Flieger. Chruschtschew ruft nach dem Krieg die Jugend aufs Neuland. Auf seinen Reisen in China, Indonesien, Afghanistan, Indien, Österreich, Frankreich und den USA ist er der unermüdliche Kämpfer für den Frieden. Von der Rednertribüne der Vereinten Nationen aus entlarvt er den Kolonialismus und legt überzeugend die sowjetische Politik dar. — Nach den historischen Parteitagen (20. und 21.) blüht die Volkswirtschaft auf (im Unterschied zum Getreide)...

Für die hervorragenden Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft und für den Flug in den Weltraum wird Chruschtschew ausgezeichnet mit dem goldenen «Hammer- und Sichel»-Orden... Das dankbare sowjetische Volk sagt voll Vertrauen: Das ist unser Nikita Sergejewitsch.»

Partei

Ungarn

Kollektivierung als Tarnung

Ist die vor drei Jahren angerissene landwirtschaftliche Kollektivierungswelle in Ungarn unter andern deshalb in beschleunigtem Tempo durchgeführt worden, um die Abrechnung mit den Revolutionären von 1956 auf die Ebene des wirtschaftlichen Klassenkampfes verlagern und teilweise tarnen zu können? Eine dieser Tage erschienene offizielle Parteidokumentation des Klassenkampfes ließe das beinahe vermuten, doch scheint es wahrscheinlicher, dass der Klassenkampf um die LPG-Bildung als nachträglicher Vorwand für die verspäteten Racheakte des 1958 konsolidierten Regimes benutzt wird.

«Der Klassenkampf in der gegenwärtigen Entwicklungsperiode» lautet der Titel des von Dezsö Nemes verfassten Artikels, der in der Juninummer der ideologischen Zeitschrift des KP-ZK «Tarsadalmi Szemle» (Gesellschaftsrundschau) erschien. Der Verfasser verfehlt die These, dass der Klassenkampf entsprechend den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen je nachdem schärfer oder milder geführt werden müsse. «Nach der „Gegenrevolution“ von 1956», so führt er vorerst aus, «hat sich der Klassenkampf verschärft, um dann wieder nachzulassen.» Nach dieser kurzen Erwähnung, auf die nicht weiter zurückgegriffen wird, kommt er scheinbar zum Thema: «Ende 1958 begann man eine grosse klassenkämpferische Aktion, die Förderung der LPG-Bewegung. Diese grosse Umgestaltung der Landwirtschaft konnte ohne Klassenkampf nicht durchgeführt werden. Der Klassenfeind begann gegen die Kollektivierung einen subversiven Kampf zu führen, der 1960 kulminierte.»

Das alles ist, wenn man von der durchsichtigen Wortverkleidung für den Widerstand der Bevölkerung gegen die allgemeine Kolchosbildung absieht, soweit ganz richtig. Totalkollektivierung (sie wurde diesen Frühling praktisch abgeschlossen

und wird im Herbst nach dem Ernte-Unterbruch zu Ende gebracht) konnte nur durch Zwangsmassnahmen und Druckmittel durchgeführt werden. (Wirtschaftlich führte sie übrigens zu Rückschlägen.)

Dieser eine Aspekt der Sachlage besteht sicherlich, und er erscheint wie eine Konzession der kommunistischen Interpretation an die Tatsache, dass die Kollektivierung eben beim ganzen Volke unbeliebt war. (Das manifestiert sich übrigens auch heute noch in der Interesselosigkeit der LPG-Mitglieder an der Gemeinschaftsproduktion, wenn schon die Bauern gezwungen waren, sich mit der Kolchosbildung abzufinden, so dass aktiver Widerstand zwecklos wurde.)

Doch zeigt auch diese Darstellung eine perfide Verdrehung der Geschehnisse, indem sie die gegenwärtigen Schwierigkeiten als direkte Fortsetzung des «Klassenkampfes» von 1958 darstellt, der in Wirklichkeit eine grausame, nachträgliche und feige Verfolgung der Freiheitskämpfer von 1956 enthielt. Die Regierung hatte sich erst Ende Juni 1957 wieder stark genug gefühlt, um alle Revolutionäre offiziell als Klassenfeinde zu deklarieren, und erst ein weiteres Jahr später wurden die berüchtigten Prozessrevisionen allgemein durchgeführt, nach welchen zu Freiheitsstrafen Verurteilte gehängt und zuvor gerichtlich Freigesprochene verhaftet wurden.

Dass sich nach 1956 «der Klassenkampf verschärft», um dann wieder nachzulassen, stimmt eben nicht, zum mindesten nicht in der von Nemes implizierten Auslegung, wonach er 1958 beendet und durch einen neuen Klassenkampf um die Kollektivierung abgelöst worden wäre. Aber es lässt sich begreifen, wenn heute die damalige henkerische Befriedigung der kaltgewordenen Rache lieber selbst mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten (die auch bestanden) getarnt als offen zugegeben wird. Und es wäre denkbar, dass man schon damals die Kollektivierungsaktionen (auf welche übrigens die noch vom Terror erschreckte Bevölkerung erst später wirklich zu reagieren begann) auch als willkommene zweite Front gegen die Sehnsucht nach Freiheit aufbaute.

Gebrauchsterminologie im Osten

Mehrwert

Nach marxistischer Terminologie der Wert, der durch die Arbeit des Lohnarbeiters über den Wert seiner Arbeitskraft hinaus geschaffen und vom Kapitalisten unentgeltlich angeeignet wird. Der Wert der Waren ist grösser als der Wert der aufgewandten Produktionsmittel plus Arbeitszeit. Die Kapitalisten erhöhen den Mehrwert einerseits durch Verlängerung des gesamten Arbeitstages, anderseits durch Verkürzung der «notwendigen Arbeitszeit» (siehe unten). Der Mehrwert wird vom Kapitalismus für Konsumation (Befriedigung der Bedürfnisse) und Akkumulation verwendet. Die Akkumulation des Kapitals führt nach kommunistischer Theorie zwangsläufig zur Verelendung des Proletariats.

Notwendige Arbeitszeit

Die Zeit, während der ein Werktätiger die für den Unterhalt seiner Familie notwendigen Güter produziert. Seine Arbeitskraft entspricht seinen persönlichen Bedürfnissen, er «reproduziert» seine Arbeitskraft.

Ausbeutung

Unter «Ausbeutung des Menschen durch den Menschen» versteht der Marxist die unentgeltliche Aneignung des Produkts fremder Arbeit durch den Privateigentümer der Produktionsmittel. In jeder Form der Klassengesellschaft (Sklavenhalterei, Feudalismus, Kapitalismus) wird das Verhältnis zwischen Eigentümern von Produktionsmitteln und Nicht-Eigentümern durch die Ausbeutung der letzteren durch die ersteren gekennzeichnet. Nach marxistischer Lehre kann die Ausbeutung nur durch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln abgeschafft werden.

Erweiterte sozialistische Reproduktion

Wenn die einfache Reproduktion die Wiederholung des Produktionsprozesses im früheren Ausmass bedeutet, stellt die erweiterte Reproduktion die Wiederholung des Produktionsprozesses in vergrössertem Ausmass dar. In diesem Fall werden die verbrauchten materiellen Güter nicht nur ersetzt, sondern es werden zusätzliche Produkte erzeugt.

Die erweiterte sozialistische Reproduktion dient einer kommunistischen Form der Mehrwerterzeugung und ist Quelle der kommunistischen Ausbeutung der Arbeitskräfte. Wie die sowjetische Wirtschaftsliteratur selbst erklärt, werden nur zwei Drittel des erzeugten Produktionswertes für Lohnfonds aufgewendet, während ein Drittel der Kapitalakkumulation dient. Zu berücksichtigen ist ferner, dass von 99 Millionen sowjetischer Erwerbstätiger nur 66 Millionen direkt an der Produktion beteiligt sind, während die übrigen — Angestellte, Polizei, Armee (18 Millionen), Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre — keine produktive Arbeit leisten, aber erheblich besser bezahlt werden. Nach Angaben des sowjetischen Akademiemitglieds Professor Strumulin erhält der Arbeiter von jedem Rubelwert, den er erzeugt, 57 Kopeken.

Die Buchbesprechung

Das Leiden eines Volkes

Die Tragödie Tibets und der tibetischen Flüchtlinge. Herausgegeben von der Schweizer Tibethilfe. Veritas-Verlag, Solothurn. 284 Seiten.

«Die Welt wurde auf die schrecklichen Ereignisse in Tibet durch zwei Berichte der internationalen Juristenkommission aufmerksam gemacht. Diese Berichte beweisen, dass die Rotchinesen die elementarsten Rechte unseres Volkes missachteten und dass sie sich des Völkermordes schuldig machten.» Dies führte der Dalai Lama in einer Erklärung zum zweiten Jahrestag der tibetischen Unabhängigkeit-Proklamation vom 10. März 1959 aus. Die unvorstellbaren Leiden dieses Volkes aus der Hand der kommunistischen Unterdrücker werden im vorliegenden Buch durch verschiedene Autoren eingehend dargestellt. Dabei ist im Sinne einer Einführung in das Wesen Tibets ein Kapitel dieses Landes als Zentrum buddhistischer Kultur und ein zweites der Religion und Frömmigkeit der Tibeter gewidmet. Eine Beschreibung der tibetischen Versklavung durch das kommunistische China sowie eine Beschreibung des Flüchtlingselends beschliessen die Darstellung, die durch zahlreiche anschauliche Bilder bereichert worden ist.

Es ist der Schweizer Tibethilfe zu danken, dass sie ihr humanitäres Werk — die Errichtung eines Tibeter-Hauses im Pestalozzi-Kindergarten geht auf ihre Hilfe zurück — durch die Veröffentlichung dieses Bandes ergänzt. Das Leiden Tibets ist hier für die Geschichte fixiert und dient als Anschauungsunterricht für Ziele und Methoden des Weltkommunismus. Das Buch gehört in die Hand jedes Staatsbürgers.

r. r.

Unser Memo

Keinen Einzelfall stellt der kürzliche Absprung des Leningrader Tänzers Rudolf Nurejew in

Paris dar, worüber jetzt Einzelheiten vorliegen. Neben dem Moskauer Ballett sind im Leningrader Ballett die besten Kräfte vereinigt. Nach den Gastspielen in Paris sollte das Ensemble nach London reisen, wobei der Ballettprimier dort der Kulturminister der UdSSR E. Furzewa beitragen sollte, der zu dieser Zeit in England weilte.

Die Behandlung der Mitglieder des Ensembles seitens der Begleitpersonen war in Paris auffallend schlecht. Man holte die Leute einfach von der Strasse und zwang sie entweder im Hotel zu sitzen oder nur gemeinsame Spaziergänge zu unternehmen. Dementsprechend war auch der Widerstand der Mitglieder der Balletttruppe, wobei sich besonders Nurejew hervorgetan hat. Beim Abflug nach London wurde ihm plötzlich befohlen noch Moskau zurückzukehren. Es entstand eine heftige Diskussion, im Verlauf derer er von einem sich als Diplomat bezeichnenden Begleiter zweimal geohrfeigt wurde. Daraufhin übersprang er die Abschrankung, lief auf die französischen Polizisten zu, die er um Schutz und später die Behörden um Asyl ersuchte.

Dass dies kein Einzelfall ist, der eventuell durch das Temperament Nurejews erklärt werden könnte, beweisen folgende Beispiele: Einen Tag nach dem Vorfall mit Nurejew weigerten sich die Eheleute Ovsjanikow nach der UdSSR zurückzukehren. Ovsjanikow war in der Sowjetunion Fabrikdirektor und das Paar kam nach England als Touristen. Sie begründen ihren Entschluss ausdrücklich mit nicht materiellen Ueberlegungen und wiesen darauf hin, dass ihre materielle Lage in der Sowjetunion gut war und sie sogar ein Privatauto besaßen, was dort ein sicheres Zeichen des Wohlstandes ist.

Mitte Februar ersuchte Nikolaj Voknja-kow, der mit einer Touristengruppe in Italien weilte, dort um Asyl. Am 7. April verliess der 37jährige Kapitän Viktor Steschko in Gibraltar seinen Passagierdampfer «Zarnica» und ersuchte die englischen Behörden um Asyl. Vor einigen Tagen weigerte sich Oleg Lentschewskij, ein Fachmann auf dem Gebiete der Wasserversorgung in der Moskauer Stadtverwaltung nach der UdSSR zurückzukehren und blieb in England.

Diese Zunahme der Absprünge sowjetischer Bürger, die ausnahmslos der bessergestellten, privilegierten Schicht angehören, mag auf den ersten Blick etwas überraschen. Hat sich doch die materielle Lage in der Sowjetunion gebessert, und wurden doch die Terror- und Druckmethoden des Regimes in den letzten Jahren abgebaut. Die Wiederverschärfung ist erst im kommen. Ohne die Bedeutung der genannten Einzelfälle zu übertreiben, kann man doch wohl annehmen, dass sie alle ein Ausdruck des Verlangens nach Freiheit sind. Es bestätigt sich, dass der Mensch nicht vom Brot

allein lebt und was noch wichtiger ist, dass der Mensch, wenn er einmal auch nur die beschränkte Freiheit geniesst, nach mehr Freiheit verlangt. Die halbe Freiheit genügt ihm nicht mehr. Darin liegt der Fluch jedes totalitären Systems, weil es auf Terror und Zucht angewiesen ist, wenn es sich erhalten will.

Ferien pro m²



— Und was habt ihr für die Ferien vorgesehen?

— Wir haben unsern Mitmieter den Aufenthalt im Tihanyer Motel bezahlt und erhalten uns in unserer Wohnung.

Die in Evfolyam erscheinende ungarische Zeitung «Nepszava» bringt den hier wiedergegebenen Witz unter dem Titel «Eine gute Idee». Auf jeden Fall ist sie im gesamten Ostblock gar nicht so abwegig und beleuchtet die Verhältnisse der in allen kommunistischen Staaten eingeführten öffentlichen Wohnwirtschaft. Sie reglementiert den Wohnraum der Bevölkerung und umfasst sowohl die staatlichen als auch die privaten Wohnungen. (Eine Ausnahme bilden in den Volksdemokratien — wenigstens eine gewisse Zeit hindurch — die privaten Neubauten, die man zur Behebung der Raumnot vorläufig unterstützt.)

Die «Wohnflächennorm» ist durchwegs klein. In Ungarn sieht sie ein Zimmer für zwei Personen vor (was durch Aufstellen oder Niederreissen von Trennungswänden zu dehmbarer Praktiken führt), während in den übrigen Volksdemokratien die Normen in Quadratmetern angegeben werden. In Polen hält Gomulka die gegenwärtig offiziell gültigen neun Quadratmeter pro Person für zuviel und forderte Ende letzten Monates eine Herabsetzung auf sieben Quadratmeter, wobei je nach den lokalen Wohnverhältnissen noch weiter nach unten variiert werden könnte.

Der über die reglementierte Norm hinausgehende Wohnraum kann nun von der Wohnabteilung des betreffenden örtlichen Rates in Anspruch genommen und je nach Bedarf vergeben werden. So kommt es leicht vor, dass in einer grösseren Wohnung drei bis vier Familien zusammenleben. Dieses sogenannte Mitmieterverhältnis ist eine für den Ostblock typische Erscheinung. In der Sowjetunion gibt es die Mietmiete sogar nicht nur innerhalb einer Wohnung, sondern eines einzelnen Zimmers.

Auch ein privater Hauseigentümer kann Zimmer oder Wohnung nicht selbst vermieten, da die Unterkünfte von den Wohnabteilungen zugewiesen werden.

Dass es zwischen den zusammengedrängten Mitmieter zu Reibereien kommt ist begreiflich. Man sucht ihnen dadurch zu steuern, dass die Bewohner, welche die «Normen des sozialistischen Zusammenlebens» nicht beachten, von den Wohnabteilungen ausgewiesen werden können. Im Smolensker Gebiet der UdSSR und auch andernorts gibt die Gerichtspraxis den Mietern sogar die Möglichkeit, die Ausweisung des Hauseigentümers aus seinem eigenen Haus zu beantragen. Solchen Anträgen wurde bereits in einer Reihe von Fällen entsprochen.

Der Schnapschuss

Von Halbstarrenexzessen in der sowjetischen Stadt Kujbischew (800 000 Einwohner) berichtet die «Iswestija»: Am 27. Mai mussten 32 Einwohner nach Ueberfällen von Hooligans ärztlich behandelt werden. Die Volksmiliz der Stadt zählt 25 000 Mitglieder. Aber weder diese, noch die ordentliche Miliz, die es auch noch gibt, hätten irgend etwas unternommen. Dabei haben die Ereignisse dieses Tages nur «einen besonders schlechten Eindruck» hervorgerufen. «Schmutz auf den Strassen, Zank und Geschrei in den Autobussen, Betrunkene auf den Strassen», all das scheint zum Alltagsbild zu gehören.

*

Seinen Emigranten verdankte Jugoslawien laut «Ekonomska Politika» 1960 einen Devisenzuwachs von 5,443 Milliarden Dinar (offizieller Devisenkurs 1 Dollar zu 300 Dinar). Die Mittel kamen teils durch Rückwanderer und Touristen, teils durch Geldüberweisungen der Emigranten an Verwandte in der Heimat in das Land.

*

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens überschritt Ende Juni mit seiner Mitgliederzahl die Millionengrenze. («Borba»)

*

Nach Leontjew in der «Literaturnaja Gasjeta» (siehe KB Nr. 23) veröffentlichte auch der Leiter der Medizinischen Hochschule von Stalinabad (Tadschikistan) Z. Chodzajew, in «Kommunist Tadschikistana» seine Eindrücke über die Schweiz, die er zusammen mit Leontjew und «weiteren Sendboten des sowjetischen Landes» besucht hatte. Ein Beispiel seiner Berichterstattung, die sich im allgemeinen an das Vorbild der Moskauer Publizisten hält: Chodzajew vermerkt die fehlende ärztliche Betreuung in der Schweiz, «die jährlich an die vier Milliarden Franken am Tourismus verdient». Eine Blinddarmoperation kostet 400 bis 500 Franken, ein qualifizierter Facharbeiter kommt aber nur auf einen Monatsverdienst von 800 bis 900 Franken. Als Gegenüberstellung um so wirksamer, als das gesamte Krankenkasenwesen überhaupt mit keinem Wort erwähnt wird (ebenso wenig wie die Behandlung für Minimalbeiträge in den Polykliniken). Im weiteren beklagt der medizinische Fachberichterstatter ausführlich, dass die Schweizer Presse die sowjetische Wirklichkeit falsch darstelle.